

337680-2026 - Wettbewerb

Deutschland – IT-Dienste: Beratung, Software-Entwicklung, Internet und Hilfestellung – Konzeption und Entwicklung eines Gebäudeenergieregisters

OJ S 94/2026 18/05/2026

Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung Dienstleistungen

1. Beschaffer

1.1. Beschaffer

Offizielle Bezeichnung: Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle

E-Mail: beschaffung@bafa.bund.de

Rechtsform des Erwerbers: Zentrale Regierungsbehörde

Tätigkeit des öffentlichen Auftraggebers: Allgemeine öffentliche Verwaltung

2. Verfahren

2.1. Verfahren

Titel: Konzeption und Entwicklung eines Gebäudeenergieregisters

Beschreibung: Der Auftrag betrifft Arbeiten im Zusammenhang mit der Konzeption und Entwicklung eines nationalen Gebäudeenergieregisters zur Erfassung und Bewertung der Energieeffizienz von Gebäuden. Das Register dient als Grundlage für die Erfüllung der EU-Berichtspflichten. Grundlage ist Artikel 22 der Richtlinie (EU) 2024/1275 des Europäischen Parlaments und des Rates über die Gesamtenergieeffizienz von Gebäuden (EPBD). Mit Artikel 22 der Richtlinie (EU) 2024/1275 über die Gesamtenergieeffizienz von Gebäuden (EPBD) werden die Mitgliedstaaten verpflichtet, nationale Datenbanken zur Gesamtenergieeffizienz von Gebäuden aufzubauen und zu betreiben, mit dem Ziel eine belastbare und transparente Datengrundlage für Monitoring, Steuerung des Gebäudesektors zu erhalten. Zur Umsetzung dieser Vorgabe soll ein Gebäudeenergieregister konzipiert und entwickelt werden, dass die Erfassung, Speicherung, Verarbeitung, Bereitstellung und Auswertung gebäudebezogener Energiedaten in einer modernen, sicheren und interoperablen Architektur ermöglicht. Die zu erbringende Leistung verfolgt insbesondere folgende Ziele: - rechtskonforme Umsetzung der Anforderungen aus Artikel 22 EPBD sowie der einschlägigen nationalen Regelungen, - Schaffung eines zentralen, modularen Systems gemäß EPBD für Energieausweise, Inspektionsberichte und perspektivisch individuelle Sanierungsfahrpläne, sowie ggf. weitere Instrumente, - Nutzerzentrierung durch schlanke, klare, barrierefreie und nachvollziehbare Prozesse für Eigentümerinnen und Eigentümer, Ausstellende, Verwaltungen und weitere berechnete Stellen, - Minimierung der dauerhaften Wartungs- und Betriebsaufwände des Gebäudeenergieregisters durch entsprechende Konzeption und Entwicklung, - Reduzierung dauerhafter administrativer Aufwände durch standardisierte Schnittstellen, wiederverwendbare Daten und automatisierte Prozessschritte, - Bereitstellung anonymisierter und aggregierter Informationen für Verwaltung, Forschung, Öffentlichkeit und europäische Berichtspflichten. Der Auftragnehmer hat hierfür verschiedene Leistungen in enger Abstimmung mit dem Auftraggeber nach entsprechenden Abrufen durch den Auftraggeber zu erbringen. Die Vergütung erfolgt aufwandsabhängig. Die maximale Abnahme (Obergrenze) über die mögliche Gesamtlaufzeit von 39 Monaten (23 Monate Grundlaufzeit + zweimalige Verlängerungsoption für den Auftraggeber um jeweils 8 Monate) beträgt 14.500 Personentage.

Kennung des Verfahrens: c63e0e8a-9c78-4770-b56b-9dceecd398cf

Interne Kennung: Projekt Z23 / ITS / GER

Verfahrensart: Verhandlungsverfahren mit vorheriger Veröffentlichung eines Aufrufs zum Wettbewerb/Verhandlungsverfahren

Das Verfahren wird beschleunigt: nein

2.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Haupteinstufung (cpv): 72000000 IT-Dienste: Beratung, Software-Entwicklung, Internet und Hilfestellung

Zusätzliche Einstufung (cpv): 72230000 Entwicklung von kundenspezifischer Software, 48610000 Datenbanksysteme, 72262000 Software-Entwicklung, 72220000 Systemberatung und technische Beratung, 72222200 Planung von Informationssystemen oder -technologie

2.1.2. Erfüllungsort

Stadt: Eschborn

Land, Gliederung (NUTS): Main-Taunus-Kreis (DE71A)

Land: Deutschland

2.1.4. Allgemeine Informationen

Zusätzliche Informationen: Hinweispflicht der Bewerber: Sollten die Vergabeunterlagen nach Auffassung eines Bewerbers Unklarheiten enthalten, hat er den Auftraggeber spätestens bis zum Ablauf der Frist für Bewerberfragen darauf hinzuweisen. Die diesbezügliche Frist ergibt sich aus der Aufforderung zur Abgabe eines Teilnahmeantrags.

Rechtsgrundlage:

Richtlinie 2014/24/EU

vgl. -

2.1.6. Ausschlussgründe

Quellen der Ausschlussgründe: Bekanntmachung

Korruption: Gemäß Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) § 123 Zwingende Ausschlussgründe sowie § 124 Fakultative Ausschlussgründe

Betrug: Gemäß Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) § 123 Zwingende Ausschlussgründe sowie § 124 Fakultative Ausschlussgründe

Beteiligung an einer kriminellen Vereinigung: Gemäß Gesetz gegen

Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) § 123 Zwingende Ausschlussgründe sowie § 124 Fakultative Ausschlussgründe

Terroristische Straftaten oder Straftaten im Zusammenhang mit terroristischen Aktivitäten:

Gemäß Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) § 123 Zwingende Ausschlussgründe sowie § 124 Fakultative Ausschlussgründe

Einstellung der gewerblichen Tätigkeit: Gemäß Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) § 123 Zwingende Ausschlussgründe sowie § 124 Fakultative Ausschlussgründe

Geldwäsche oder Terrorismusfinanzierung: Gemäß Gesetz gegen

Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) § 123 Zwingende Ausschlussgründe sowie § 124 Fakultative Ausschlussgründe

Verwaltung der Vermögenswerte durch einen Insolvenzverwalter: Gemäß Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) § 123 Zwingende Ausschlussgründe sowie § 124 Fakultative Ausschlussgründe

Interessenkonflikt aufgrund seiner Teilnahme an dem Vergabeverfahren: Gemäß Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) § 123 Zwingende Ausschlussgründe sowie § 124

Fakultative Ausschlussgründe

Vorzeitige Beendigung, Schadensersatz oder andere vergleichbare Sanktionen: Gemäß Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) § 123 Zwingende Ausschlussgründe sowie § 124 Fakultative Ausschlussgründe

Kinderarbeit und andere Formen des Menschenhandels: Gemäß Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) § 123 Zwingende Ausschlussgründe sowie § 124 Fakultative Ausschlussgründe

Der Zahlungsunfähigkeit vergleichbare Lage gemäß nationaler Rechtsvorschriften: Gemäß Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) § 123 Zwingende Ausschlussgründe sowie § 124 Fakultative Ausschlussgründe

Verstoß gegen die in den rein innerstaatlichen Ausschlussgründen verankerten Verpflichtungen: Gemäß Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) § 123 Zwingende Ausschlussgründe sowie § 124 Fakultative Ausschlussgründe

Schwerwiegendes berufliches Fehlverhalten: Gemäß Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) § 123 Zwingende Ausschlussgründe sowie § 124 Fakultative Ausschlussgründe

Täuschung, Zurückhaltung von Informationen, Unfähigkeit zur Vorlage erforderlicher Unterlagen oder Erlangung vertraulicher Informationen zu dem Verfahren: Gemäß Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) § 123 Zwingende Ausschlussgründe sowie § 124 Fakultative Ausschlussgründe

Verstoß gegen arbeitsrechtliche Verpflichtungen: Gemäß Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) § 123 Zwingende Ausschlussgründe sowie § 124 Fakultative Ausschlussgründe

Verstoß gegen sozialrechtliche Verpflichtungen: Gemäß Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) § 123 Zwingende Ausschlussgründe sowie § 124 Fakultative Ausschlussgründe

Verstoß gegen umweltrechtliche Verpflichtungen: Gemäß Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) § 123 Zwingende Ausschlussgründe sowie § 124 Fakultative Ausschlussgründe

Verstoß gegen die Verpflichtung zur Entrichtung von Sozialversicherungsbeiträgen: Gemäß Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) § 123 Zwingende Ausschlussgründe sowie § 124 Fakultative Ausschlussgründe

Verstoß gegen die Verpflichtung zur Entrichtung von Steuern: Gemäß Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) § 123 Zwingende Ausschlussgründe sowie § 124 Fakultative Ausschlussgründe

Vereinbarungen mit anderen Wirtschaftsteilnehmern zur Verzerrung des Wettbewerbs: Gemäß Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) § 123 Zwingende Ausschlussgründe sowie § 124 Fakultative Ausschlussgründe

Direkte oder indirekte Beteiligung an der Vorbereitung des Vergabeverfahrens: Gemäß Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) § 123 Zwingende Ausschlussgründe sowie § 124 Fakultative Ausschlussgründe

Zahlungsunfähigkeit: Gemäß Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) § 123 Zwingende Ausschlussgründe sowie § 124 Fakultative Ausschlussgründe

5. Los

5.1. Los: LOT-0000

Titel: Konzeption und Entwicklung eines Gebäudeenergieregisters

Beschreibung: Der Auftrag betrifft Arbeiten im Zusammenhang mit der Konzeption und Entwicklung eines nationalen Gebäudeenergieregisters zur Erfassung und Bewertung der Energieeffizienz von Gebäuden. Das Register dient als Grundlage für die Erfüllung der EU-

Berichtspflichten. Grundlage ist Artikel 22 der Richtlinie (EU) 2024/1275 des Europäischen Parlaments und des Rates über die Gesamtenergieeffizienz von Gebäuden (EPBD). Mit Artikel 22 der Richtlinie (EU) 2024/1275 über die Gesamtenergieeffizienz von Gebäuden (EPBD) werden die Mitgliedstaaten verpflichtet, nationale Datenbanken zur Gesamtenergieeffizienz von Gebäuden aufzubauen und zu betreiben, mit dem Ziel eine belastbare und transparente Datengrundlage für Monitoring, Steuerung des Gebäudesektors zu erhalten. Zur Umsetzung dieser Vorgabe soll ein Gebäudeenergieregister konzipiert und entwickelt werden, das die Erfassung, Speicherung, Verarbeitung, Bereitstellung und Auswertung gebäudebezogener Energiedaten in einer modernen, sicheren und interoperablen Architektur ermöglicht. Die zu erbringende Leistung verfolgt insbesondere folgende Ziele: - rechtskonforme Umsetzung der Anforderungen aus Artikel 22 EPBD sowie der einschlägigen nationalen Regelungen, - Schaffung eines zentralen, modularen Systems gemäß EPBD für Energieausweise, Inspektionsberichte und perspektivisch individuelle Sanierungsfahrpläne, sowie ggf. weitere Instrumente, - Nutzerzentrierung durch schlanke, klare, barrierefreie und nachvollziehbare Prozesse für Eigentümerinnen und Eigentümer, Ausstellende, Verwaltungen und weitere berechnete Stellen, - Minimierung der dauerhaften Wartungs- und Betriebsaufwände des Gebäudeenergieregisters durch entsprechende Konzeption und Entwicklung, - Reduzierung dauerhafter administrativer Aufwände durch standardisierte Schnittstellen, wiederverwendbare Daten und automatisierte Prozessschritte, - Bereitstellung anonymisierter und aggregierter Informationen für Verwaltung, Forschung, Öffentlichkeit und europäische Berichtspflichten. Der Auftragnehmer hat hierfür verschiedene Leistungen in enger Abstimmung mit dem Auftraggeber nach entsprechenden Abrufen durch den Auftraggeber zu erbringen. Die Vergütung erfolgt aufwandsabhängig. Die maximale Abnahme (Obergrenze) über die mögliche Gesamtlaufzeit von 39 Monaten (23 Monate Grundlaufzeit + zweimalige Verlängerungsoption für den Auftraggeber um jeweils 8 Monate) beträgt 14.500 Personentage.

Interne Kennung: Projekt Z23 / ITS / GER

5.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Haupteinstufung (cpv): 72000000 IT-Dienste: Beratung, Software-Entwicklung, Internet und Hilfestellung

Zusätzliche Einstufung (cpv): 72230000 Entwicklung von kundenspezifischer Software, 48610000 Datenbanksysteme, 72262000 Software-Entwicklung, 72222000 Strategische Prüfung und Planung im Bereich Informationssysteme oder -technologie, 72222200 Planung von Informationssystemen oder -technologie

Optionen:

Beschreibung der Optionen: Der Auftrag kann zweimal auftraggeberseitig um jeweils acht Monate verlängert werden. (23 Monate Grundlaufzeit + zweimalige Verlängerungsoption für den Auftraggeber um jeweils 8 Monate.)

5.1.2. Erfüllungsort

Stadt: Eschborn

Postleitzahl: 65760

Land, Gliederung (NUTS): Main-Taunus-Kreis (DE71A)

Land: Deutschland

5.1.3. Geschätzte Dauer

Laufzeit: 39 Monate

5.1.4. Verlängerung

Maximale Verlängerungen: 2

5.1.6. Allgemeine Informationen

Vorbehaltene Teilnahme:

Teilnahme ist nicht vorbehalten.

Auftragsvergabeprojekt nicht aus EU-Mitteln finanziert

Die Beschaffung fällt unter das Übereinkommen über das öffentliche Beschaffungswesen: ja

Diese Auftragsvergabe ist auch für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) geeignet: nein

Zusätzliche Informationen: Aus der „Aufforderung zur Abgabe eines Teilnahmeantrags“ ergibt sich, welche Unterlagen mit dem Teilnahmeantrag einzureichen sind. Hinweispflicht der Bewerber: Sollten die Vergabeunterlagen nach Auffassung eines Bewerbers Unklarheiten enthalten, hat er den Auftraggeber spätestens bis zum Ablauf der Frist für Bewerberfragen darauf hinzuweisen. Die diesbezügliche Frist ergibt sich aus der Aufforderung zur Abgabe eines Teilnahmeantrags.

5.1.7. Strategische Auftragsvergabe

Ziel der strategischen Auftragsvergabe: Keine strategische Beschaffung

5.1.9. Eignungskriterien

Quellen der Auswahlkriterien: Bekanntmachung

Kriterium: Eintragung in ein relevantes Berufsregister

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Angaben zu Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister. Hierfür sind im Formblatt „Eigenerklärung zur Eignung“ (Dokument 01.01 in den Vergabeunterlagen) entsprechende Angaben zu machen. Falls der Teilnahmeantrag eines Bewerbers in die engere Wahl kommt, hat der Bewerber zur Bestätigung seiner Angaben auf gesondertes Verlangen vorzulegen: Gewerbeanmeldung, Berufs-/Handelsregisterauszug, Eintragung bei der Industrie- und Handelskammer oder anderweitige sonstige Nachweise.

Kriterium: Durchschnittlicher Jahresumsatz

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Eigenerklärung zum Umsatz in den letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahren. Hierfür sind im Formblatt „Eigenerklärung zur Eignung“ (Dokument 01.01 in den Vergabeunterlagen) entsprechende Angaben zu machen. Dabei gilt folgende Mindestanforderung: Mindestjahresumsatz in Höhe von EUR 10.000.000,00. Falls der Teilnahmeantrag eines Bewerbers in die engere Wahl kommt, hat der Bewerber eine Bestätigung eines vereidigten Wirtschaftsprüfers/Steuerberaters oder entsprechend testierte Jahresabschlüsse oder entsprechend testierte Gewinn- und Verlustrechnungen auf gesondertes Verlangen vorzulegen.

Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Kriterium: Andere wirtschaftliche oder finanzielle Anforderungen

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Eigenerklärung zu Berufs- oder

Betriebshaftpflichtversicherung. Hierfür ist im Formblatt „Eigenerklärung zur Eignung“ (Dokument 01.01 in den Vergabeunterlagen) zu erklären, dass der Bewerber im Auftragsfall über eine Berufshaft- oder Betriebshaftpflichtversicherung für Personenschäden in Höhe von mindestens 5.000.000.00 € und für sonstige Schäden (Sach- und Vermögensschäden) in Höhe von mindestens 5.000.000.00 € verfügen wird und die Versicherungssumme für Sach- und Vermögensschäden mindestens 5.000.000.00 € je Vertrag betragen wird. Falls der

Teilnahmeantrag eines Bewerbers in die engere Wahl kommt, hat der Bewerber (1.) einen entsprechenden Versicherungsnachweis oder (2.) eine unwiderrufliche Deckungszusage des Versicherers oder eines Versicherungsmaklers auf gesondertes Verlangen einzureichen.

Kriterium: Referenzen zu bestimmten Lieferungen

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Eigenerklärung zu Referenzen über früher ausgeführte Liefer- und Dienstleistungen der in den letzten höchstens drei Jahren erbrachten wesentlichen Leistungen. Hierfür ist im Formblatt „Eigenerklärung zur Eignung“ (Dokument 01.01 in den Vergabeunterlagen) zu erklären, dass der Bewerber in mindestens zwei Fällen vergleichbare Leistungen erbracht hat (Mindestanforderung). Vergleichbar ist ein Referenzauftrag nur dann, wenn: (1) das Projekt die Konzeption und Entwicklung einer neuartigen, webbasierten IT-Plattform, zum Management von Datenbeständen und zur Kommunikation mit externen Schnittstellen betraf, die über das Internet erreichbar ist/war, (2) der Bewerber hierbei an mindestens 2.000 Beratertagen für den Auftraggeber tätig war, (3) die IT-Plattform skalierbar ausgestaltet wurde und mindestens 150.000 schreibende Zugriffe in den letzten drei Jahren verarbeitet wurden und (4) die IT-Plattform bei dem Auftrag erfolgreich getestet oder produktiv eingesetzt wurde. Zudem sind nähere Angaben zu den Referenzen in einem gesonderten Formblatt (Dokument 01.02 in den Vergabeunterlagen) zu machen. Für die Berechnung der letzten drei Jahre ist der Zeitpunkt der Auftragsbekanntmachung maßgeblich, mit der das Vergabeverfahren eingeleitet wurde. Falls ein Teilnahmeantrag eines Bewerbers in die engere Wahl kommt, hat der Bewerber auf gesondertes Verlangen für die genannten Leistungen Bescheinigungen über die ordnungsgemäße Ausführung vorzulegen.

Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Kriterium: Durchschnittliche jährliche Belegschaft

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Eigenerklärung zu durchschnittlichen jährlichen Beschäftigtenzahlen. Hierfür sind Angaben im Formblatt „Eigenerklärung zur Eignung“ (Dokument 01.01 in den Vergabeunterlagen) zu den durchschnittlichen jährlichen Beschäftigtenzahlen in den letzten 3 Jahren zu machen. Die geforderte Mindestmitarbeiterzahl pro Jahr beträgt 100 (Mindestanforderung). Falls ein Teilnahmeantrag eines Bewerbers in die engere Wahl kommt, hat der Bewerber auf gesondertes Verlangen entsprechende Nachweise für die durchschnittliche jährliche Belegschaft vorzulegen.

Kriterium: Maßnahmen zur Sicherstellung der Qualität

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Eigenerklärung zu Maßnahmen zur Qualitätssicherung. Hierfür sind Angaben im Formblatt „Eigenerklärung zur Eignung“ (Dokument 01.01 in den Vergabeunterlagen) zu den Maßnahmen zur Qualitätssicherung zu machen. Falls ein Teilnahmeantrag eines Bewerbers in die engere Wahl kommt, hat der Bewerber auf gesondertes Verlangen entsprechende Nachweise für die genannten Maßnahmen zur Sicherstellung der Qualität vorzulegen. Dies gilt insbesondere auch für einen etwaigen Nachweis für eine Zertifizierung nach DIN EN ISO 9001:2015 und einen etwaigen Nachweis für eine Zertifizierung nach DIN ISO/IEC 27001.

Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Informationen über die zweite Phase eines zweiphasigen Verfahrens:

Mindestzahl der zur zweiten Phase des Verfahrens einzuladenden Bewerber: 5

Höchstzahl der zur zweiten Phase des Verfahrens einzuladenden Bewerber: 5

Das Verfahren wird in mehreren aufeinanderfolgenden Phasen durchgeführt. In jeder Phase können einige Teilnehmer ausgeschlossen werden

Der Erwerber behält sich das Recht vor, den Auftrag aufgrund der ursprünglichen Angebote ohne weitere Verhandlungen zu vergeben

5.1.10. Zuschlagskriterien

Beschreibung der anzuwendenden Methode, wenn die Gewichtung nicht durch Kriterien ausgedrückt werden kann: Siehe Vergabeunterlagen: Übersicht Zuschlagskriterien

5.1.11. Auftragsunterlagen

Sprachen, in denen die Auftragsunterlagen offiziell verfügbar sind: Deutsch

Internetadresse der Auftragsunterlagen: <https://www.evergabe-online.de/tenderdocuments.html?id=860664>

Ad-hoc-Kommunikationskanal:

Name: E-Vergabe Plattform

5.1.12. Bedingungen für die Auftragsvergabe

Bedingungen für die Einreichung:

Elektronische Einreichung: Erforderlich

Adresse für die Einreichung: <https://www.evergabe-online.de/tenderdetails.html?id=860664>

Sprachen, in denen Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können: Deutsch

Elektronischer Katalog: Nicht zulässig

Varianten: Nicht zulässig

Die Bieter können mehrere Angebote einreichen: Nicht zulässig

Frist für den Eingang der Teilnahmeanträge: 16/06/2026 10:00:00 (UTC+02:00)

Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit

Informationen, die nach Ablauf der Einreichungsfrist ergänzt werden können:

Nach Ermessen des Käufers können alle fehlenden Bieterunterlagen nach Fristablauf nachgereicht werden.

Zusätzliche Informationen: Aus der „Aufforderung zur Abgabe eines Teilnahmeantrags“ ergibt sich, welche Unterlagen mit dem Teilnahmeantrag einzureichen sind. Eine Nachforderung erfolgt dann, wenn dies vergaberechtlich zulässig ist und der Auftraggeber sein Ermessen entsprechend ausgeübt hat. Begrenzung der Anzahl der Bewerber Es werden ausschließlich fünf Bewerber zur Abgabe eines Angebots aufgefordert. Sollten mehr als fünf Bewerber geeignet sein, werden die fünf Bewerber, die zur Angebotsabgabe aufgefordert werden, auf Grundlage der Systematik, die in dem Dokument „Eignungskriterien Begrenzung“ dargestellt wird (Dokument 04.01 in den Vergabeunterlagen), ausgewählt. Danach können die Bewerber für ihre Angaben zu ihrem durchschnittlichen Jahresumsatz (siehe Dokument 01.01 in den Vergabeunterlagen), zu ihren Referenzen (siehe Dokument 01.02 in den Vergabeunterlagen) und zu ihren Zertifizierungen für einer Qualitätssicherung (siehe Dokument 01.01 in den Vergabeunterlagen) Punkte erhalten: Für den durchschnittlichen Jahresumsatz in den letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahren kann ein Bewerber bis zu 10 Punkte erhalten. Sollte sich eine Bewerbergemeinschaft beteiligen, werden hierfür die durchschnittlichen Jahresumsätze der einzelnen Bewerbergemeinschaftsmitglieder addiert. Für eine Referenz kann ein Bewerber bis zu 20 Punkte erhalten. Da mindestens zwei vergleichbare Referenzen gefordert sind und für zwei Referenzen jeweils 20 Punkte erzielt werden können, kann ein Bewerber für seine Referenzen insgesamt bis zu 40 Punkte erhalten. Für eine Zertifizierung nach DIN EN ISO 9001:2015 kann ein Bewerber 5 Punkte erhalten. Für eine Zertifizierung nach DIN ISO/IEC 27001 kann ein Bewerber ebenfalls 5 Punkte erhalten, sodass ein Bewerber für seine Zertifizierungen bis zu 10 Punkte erhalten kann. Unter Berücksichtigung der maximal möglichen 10 Punkte für den durchschnittlichen Jahresumsatz, der maximal möglichen 40 Punkte für die Referenzen und der maximal möglichen 10 Punkte für die Zertifizierungen kann ein Bewerber maximal 60 Punkte erhalten. Die Bewerber mit den fünf

höchsten Punktzahlen werden sodann zu Angebotsabgabe aufgefordert. Sollte anhand dieser Systematik eine Auswahl von fünf Bewerbern nicht möglich sein, kommt es zu einem Losentscheid (Beispiel: Bewerber A, B und C erhalten jeweils 60 Punkte, Bewerber D, E und F erhalten jeweils 55 Punkte und Bewerber G und F erhalten jeweils 40 Punkte. In diesem Fall werden die Bewerber A, B und C zur Angebotsabgabe aufgefordert. Die Bewerber G und F werden nicht zur Angebotsabgabe aufgefordert. Bei den Bewerbern D, E und F werden zwei Bewerber ausgelost, die neben den Bewerbern A, B und C zur Angebotsabgabe aufgefordert werden).

Auftragsbedingungen:

Die Auftragsausführung muss im Rahmen von Programmen für geschützte Beschäftigungsverhältnisse erfolgen: Nein
Elektronische Rechnungsstellung: Erforderlich
Aufträge werden elektronisch erteilt: ja
Zahlungen werden elektronisch geleistet: ja

5.1.15. Techniken

Rahmenvereinbarung:

Keine Rahmenvereinbarung

Informationen über das dynamische Beschaffungssystem:

Kein dynamisches Beschaffungssystem

5.1.16. Weitere Informationen, Schlichtung und Nachprüfung

Überprüfungsstelle: Vergabekammer des Bundes

Informationen über die Überprüfungsfristen: In § 160 Abs. 3 GWB heißt im Hinblick auf einen Nachprüfungsantrag bei der Vergabekammer: Der Antrag ist unzulässig, soweit 1. der Antragsteller den geltend gemachten Verstoß gegen Vergabevorschriften vor Einreichen des Nachprüfungsantrags erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht innerhalb einer Frist von zehn Kalendertagen gerügt hat; der Ablauf der Frist nach § 134 Absatz 2 bleibt unberührt, 2. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden, 3. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden, 4. mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind. Satz 1 gilt nicht bei einem Antrag auf Feststellung der Unwirksamkeit des Vertrags nach § 135 Absatz 1 Nummer 2. § 134 Absatz 1 Satz 2 bleibt unberührt.

Organisation, die weitere Informationen für die Nachprüfungsverfahren bereitstellt:

Vergabekammer des Bundes

Organisation, die Teilnahmeanträge entgegennimmt: Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle

Organisation, die Angebote bearbeitet: Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle

8. Organisationen

8.1. ORG-0000

Offizielle Bezeichnung: Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle

Registrierungsnummer: 991-11384-46

Postanschrift: Frankfurter Straße 29-35

Stadt: Eschborn

Postleitzahl: 65760
Land, Gliederung (NUTS): Main-Taunus-Kreis (DE71A)
Land: Deutschland
Kontaktperson: Christian Freyer
E-Mail: beschaffung@bafa.bund.de
Telefon: +49 6196 9082422
Internetadresse: <http://www.bafa.de>

Rollen dieser Organisation:

Beschaffer
Organisation, die Teilnahmeanträge entgegennimmt
Organisation, die Angebote bearbeitet

8.1. ORG-0001

Offizielle Bezeichnung: Vergabekammer des Bundes
Registrierungsnummer: 991-11384-46
Stadt: Bonn
Postleitzahl: 53113
Land, Gliederung (NUTS): Bonn, Kreisfreie Stadt (DEA22)
Land: Deutschland
E-Mail: vk@bundeskartellamt.de
Telefon: +49 228 94990
Fax: +49 228 3499163

Rollen dieser Organisation:

Überprüfungsstelle
Organisation, die weitere Informationen für die Nachprüfungsverfahren bereitstellt

8.1. ORG-0002

Offizielle Bezeichnung: Datenservice Öffentlicher Einkauf (in Verantwortung des Beschaffungsamts des BMI)
Registrierungsnummer: 0204:994-DOEVD-83
Stadt: Bonn
Postleitzahl: 53119
Land, Gliederung (NUTS): Bonn, Kreisfreie Stadt (DEA22)
Land: Deutschland
E-Mail: noreply.esender_hub@bescha.bund.de
Telefon: +49228996100

Rollen dieser Organisation:

TED eSender

Informationen zur Bekanntmachung

Kennung/Fassung der Bekanntmachung: e0160d3e-34b1-415d-a8c6-653766c887df - 04
Formulartyp: Wettbewerb
Art der Bekanntmachung: Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung
Unterart der Bekanntmachung: 16
Datum der Übermittlung der Bekanntmachung: 15/05/2026 11:40:05 (UTC+02:00)
Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit
Sprachen, in denen diese Bekanntmachung offiziell verfügbar ist: Deutsch
Veröffentlichungsnummer der Bekanntmachung: 337680-2026
ABl. S – Nummer der Ausgabe: 94/2026

Datum der Veröffentlichung: 18/05/2026